

List der Vernunft

Die Philosophin Margherita von Brentano über Politik, Marxismus und Universitätsreform – ein Interview von 1991¹

Wochenpost: In der derzeitigen Kontroverse zwischen Wissenschaftsadministration und Humboldt-Universität musste sich so mancher Politiker heftige Kritik von Ihnen anhören. Ist es Aufgabe einer Philosophin, in der tagesaktuellen Politik Partei zu ergreifen?

Brentano: Wissenschaftspolitik geht doch wohl die Wissenschaftler an, ist nicht nur Sache der Politiker. Und gerade die Philosophie war in ihren großen Zeiten immer auch politische Theorie, hat sich eingemischt. Das gilt für Platon und Aristoteles, das gilt für die großen Philosophen der Neuzeit von Hobbes über die Aufklärer bis Kant. Erst seit die Philosophie sich zunehmend spezialisiert und insgesamt zur Spezialwissenschaft neben den anderen einengt und bescheidet, wird sie unpolitisch. Ich habe mich immer dagegen gewehrt.

Wochenpost: Was Sie zuweilen, zumindest in den unruhigen Zeiten der Studentenbewegungen vor und nach 1968, in die Schlagzeilen brachte. Zum Beispiel mit Ihrem - letztlich gescheiterten - Engagement, auch Marxisten wie Hans Heinz Holz oder Trotzisten wie den Ökonomen Ernest Mandel zu berufen.

Brentano: Der grundsätzliche Streitpunkt war damals der sogenannte Wissenschaftspluralismus. Der Begriff besagt, dass die Institution Universität und die Verwaltung in einem demokratischen Staat keine bestimmte theoretische Position vorschreiben dürfen, sondern gegenüber der Theorienvielfalt neutral sein müssen. Die Forderung nach Pluralismus verkehrt sich aber in ihr Gegenteil, wenn sie an den einzelnen Wissenschaftler gerichtet wird: dann müssten wir alle pluralistisch, das heißt relativistisch, sein, dürften keine bestimmte Theorie vertreten. *De facto* ging es natürlich nur darum, ob Marxisten berufen werden dürfen, nicht etwa katholische Philosophen, die ebenso wenig relativistisch sind.

Eine kurze Zeit ... beinahe der Gerechtigkeit

Wochenpost: Konflikte dieser Art gab es ausdrücklich erst mit und seit jener Bewegung in Westdeutschland, die landläufig die 68er Bewegung genannt wird und die der Ostdeutsche nur vage mit Begriffen und Namen verbindet: Benno Ohnesorg, Vietnamkrieg, Außerparlamentarische Opposition. Aber diese Namen und Ereignisse hatten ja eine Geschichte ...

Brentano: Da muss ich aber weit ausholen ...

Wochenpost: Bitte.

Brentano: Die erste Nachkriegszeit erscheint im Rückblick als eine «kurze Zeit ... beinahe der Gerechtigkeit». Unter dem Besatzungsregime versuchten die wenigen integer gebliebenen Älteren im Bündnis mit den unbelasteten Jungen einen wirklichen Anfang und zugleich eine Auseinandersetzung mit dem Nationalismus. Zu nennen sind Zeitschriften wie *Ruf* und die linkskatholischen *Frankfurter Hefte*, zu nennen ist die *Gruppe 47*. Die Gründung der Bundesrepublik und als Antwort darauf die Gründung der DDR geschahen schon im Zeichen des beginnenden Kalten Krieges.

¹ Interview mit Regine Halentz in: *Wochenpost* vom 7. August 1991.

Die erste Phase der Bundesrepublik von 1949 bis Anfang der sechziger Jahre wird zwar derzeit gerne verklärt, aber sie war keineswegs nur erfreulich. Kaum begonnen, wurde die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als erledigt abgetan. Das hatte gute Gründe: Der neue Staat brauchte Eliten; die wenigen Überlebenden oder aus der Emigration zurückgekehrten Antinazis waren zu wenig. Die Mitläufer, aber auch viele alte Nazis kamen wieder zu Amt und Würden. Das galt für Rechtswesen und Medizin, mit wenigen Ausnahmen für Hochschulen, Schulen und für die öffentliche Verwaltung. Das restaurative Klima der fünfziger Jahre war nicht Ursache, sondern Folge dieser institutionellen Kontinuität.

*Woche*post: Und an dieser Kontinuität setzte die Kritik an?

Brentano: Ja. Sie begann um 1960 in den Universitäten und erweiterte sich später zur Außerparlamentarischen Opposition. Einige, dann immer mehr Studenten und Assistenten begannen, in ihren Disziplinen diese Kontinuität und das Fehlen einer Auseinandersetzung mit der Nazizeit genauer zu untersuchen. Konkretes Beispiel: damalige Jurastudent Reinhard Strecker verglich in den wenigen Büchern, die es damals schon über die Naziverbrechen gab; die Namensverzeichnisse der Richter mit dem aktuellen Juristenkalender, und siehe da, es waren weitgehend dieselben Namen. Daraus entstand die Ausstellung «Ungesühnte Nazijustiz», die, gegen starken Widerstand, in der Freien Universität in Berlin und auch in anderen Universitäten gezeigt wurde.

*Woche*post: So war es im Westen in erster Linie Sache der Jugend, mit dem Faschismus abzurechnen?

Brentano: Wer als Wissenschaftler oder Jurist in die Nazizeit verstrickt war, der versuchte natürlich nicht, seine eigene Rolle in jener Zeit zu thematisieren, geschweige denn, Ideologie und Praxis des Faschismus wissenschaftlich zu untersuchen. Das überließ man Außenseitern, wie dem Auschwitz-Überlebenden Josef Wulf, der eine Reihe wichtiger Bücher veröffentlichte, aber eben als Außenseiter von der akademischen Historikerzunft ignoriert wurde. Er nahm sich, wie so mancher, der das «Dritte Reich» aufrecht überstand, in den siebziger Jahren das Leben.

Eine Ausnahme machte das von den Remigranten Adorno und Horkheimer wiedergegründete Institut für Sozialforschung an der Frankfurter Universität. Sie hatten schon in der Emigration Bausteine zu einer Theorie des Faschismus erarbeitet und setzten dies nach ihrer Rückkehr auch mit Untersuchungen über das Nach- und Fortwirken faschistoiden Denkens fort. Kein Wunder, dass die «Frankfurter Schule» in der ersten Phase der Protestbewegung als theoretisches Arsenal fungierte. Es war in dieser ersten Phase eine radikaldemokratische, keine marxistische Bewegung. Sie politisierte sich zunehmend und kulminierte nach der Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg durch einen Polizisten während der Anti-Schah-Demonstration 1967 und nach dem Attentat gegen den Studentenführer Rudi Dutschke 1968. Die Ereignisse von 1967 und 1968 waren also nicht der Anfang der Protestbewegung, eher ein Umschlagen von theoretischer Kritik zu politischer Aktion.

*Woche*post: Zu Ihrem Juristenbeispiel. Von den 557 Richtern und Staatsanwälten des Volksgerichtshofes im Dritten Reich, die zwischen 1934 und 1945 an 5.243 Todesurteilen mitgewirkt hatten, wurde kein einziger je von einem deutschen Gericht rechtskräftig verurteilt. Nun aber soll der erste Prozess gegen Richter und Staatsanwälte der DDR beginnen wegen - ebenfalls politisch bedingter - Unrechtsurteile. Wird hier nicht etwas nachgeholt, was seinerzeit sträflich versäumt wurde?

Radikalenerlass gegen marxistische Ambitionen

Brentano: Genau dieser Eindruck drängt sich mir auf und macht mir die totale Kritik an der DDR dubios. Nicht nur die Ersatzfunktion für die eben niemals betriebene Abrechnung mit dem Faschismus - gerade bei manchen Linken höre ich in der vehementen Sozialismuskritik so etwas wie eine Entschuldigung ihrer eigenen antifaschistischen Vergangenheit heraus und damit eine vielleicht unterschwellige und unbewusste Verharmlosung und Relativierung des Nationalsozialismus. Der bloße Vergleich des Dritten Reichs mit der DDR ist eine schreckliche Verharmlosung. Das Dritte Reich hinterließ Berge von Leichen. Die DDR hinterließ Berge von Karteikarten. Der Nationalsozialismus wurde von außen besiegt, der reale Sozialismus von innen; die Revolution der DDR jedenfalls ist das Verdienst von Menschen dort und nicht der Bundesrepublik. Wer oder was qualifiziert uns Wessis, nun wie eine Siegermacht oder wie Kolonialherren aufzutreten?

*Woche*post: Auch bei Ihnen, in der alten Bundesrepublik, strebte der Staat, wie jetzt im Osten, nach mehr Einfluss auch auf die Ausbildung der Intellektuellen. Vor allem nach den politisch so unruhigen Jahren, von denen Sie sprachen: Wie wirkte sich der Radikalenerlass von 1972 auf die Lehre an den Hochschulen aus?

Brentano: Der sogenannte Radikalenerlass war eine Antwort darauf, dass nach 1968 die oppositionelle Intelligenz unter Studenten und Assistenten in der Tat sich zunehmend marxistisch orientierte. Er besagte, dass im öffentlichen Dienst nur beschäftigt werden könne, wer «auf dem Boden des Grundgesetzes» stehe. Nun ist diese Formulierung windelweich, weil eine Metapher. Es ist einsichtig, daß der Staat keine Verfassungsfeinde und keine Rechts- und Linksradi-kalen zu Beamten machen will. Bloß, wer ist Verfassungsfeind oder Rechts- oder Linksradi-kaler, und wer definiert das? In Bayern etwa reichte die frühere Zugehörigkeit zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund und sogar zum Sozialdemokratischen Hochschulbund, also Nachwuchsorganisationen der SPD, für den Ausschluss aus dem öffentlichen Dienst.

Im Ganzen gesehen traf der Radikalenerlass nur eine begrenzte Zahl von Anwärtern für den Lehrerberuf. Aber er setzte eine ganze Generation unter Anpassungsdruck. Ich habe das erlebt bei den Philosophicumsprüfungen im Rahmen des Staatsexamens für Lehramtskandidaten. Viele hatten Angst, Schwerpunkte anzugeben, die auch nur entfernt mit Marxismus zu tun hatten - eine unnötige Angst, weil die staatlichen Prüfer, jedenfalls im Bereich des Philosophicums, durchaus liberale Leute waren. Im Übrigen hatte der Radikalenerlass eher die Wirkung, dass an den philosophischen und sozialwissenschaftlichen Instituten nun gerade, in einer Art Trotzreaktion, marxistische Themen von Studenten verlangt wurden.

*Woche*post: Nun brachte die 68er Bewegung den Hochschulen im Westen nicht nur den Marxismus, sondern auch eine permanente Reform ...

Reform im Osten sollen Ostdeutsche leiten

Brentano: Von den Studenten her gesehen, war die 20jährige Universitätsreform der Versuch, eine kritische und «linke» Wissenschaft mit gleichberechtigter Beteiligung aller Gruppen zu installieren. Von der Staatsseite her gesehen ist die Reform ein Versuch, die Oppositionsbewegung durch partielles Entgegenkommen in die Hochschulen zurückzulenken und dort zu pazifizieren. Das zu den Akteuren.

Im Rückblick aber scheint der objektive Reformdruck eher aus der Tatsache zu resultieren, dass die Hochschulen auf einen erheblichen sozialen Wandel reagieren mussten; Hegel nannte solche Diskrepanz zwischen subjektiven Motiven und objektiven Prozessen die «List der Vernunft». Also: vor drei Jahrzehnten studierten knapp fünf Prozent eines Jahrgangs, heute sind es annähernd 30 Prozent. Es ist

offenkundig, dass dieser Wandel eine fundamentale Änderung der Institution und Organisation von Lehre und Studium nötig macht. Er berührt Funktion und Selbstverständnis aller Gruppen: Professoren, Mittelbau, Studenten und andere Dienstkräfte. Doch die Studenten, die sich zu Anfang durchaus für Studienpläne und klare Unterscheidung von obligatorischen und freien Studieninhalten eingesetzt hatten, wehrten sich später heftig gegen die unausweichlichen Konsequenzen: stärkere Verschulung des Grundstudiums, Kontrolle der Studienerfolge durch Zwischenprüfungen, differenzierte Studienabschlüsse.

*Woche*post: Entspringt der derzeitige fatale Hang aufs westliche Muster eingeschworener Politiker zum rigiden staatlichen Eingriff in Belange der Ost-Hochschulen nicht auch dem Unmut über die nie endende Reform an den West-Hochschulen?

Brentano: Das ist sicherlich der Fall. Gerade hier in Berlin gilt die Freie Universität dem Wissenschaftssenat als unbeweglicher Tanker, Beweis für die Unfähigkeit der Hochschule zur Selbstreform. Durchaus nicht zu Unrecht - auch wenn die FU besser ist als ihr Ruf. Nur: die Staatsseite hat sich auch nicht gerade mit Ruhm bedeckt. Die Geschichte der zahlreichen Novellierungen des Hochschulgesetzes ist eher Flickwerk, oft opportunistisch und verrät kein überzeugendes Konzept. Dass der Staat jetzt ein Ergänzungsgesetz *ad hoc* für die Humboldt-Universität erlässt, halte ich für bedenklich. Wenn jetzt erhebliche Rechte der Selbstverwaltung für eine Universität und ihre Hochschullehrer gesetzlich suspendiert werden, ist ein Präzedenzfall geschaffen, der auch die westlichen Universitäten beunruhigen sollte.

*Woche*post: Trotzdem noch einmal die Frage: Kann es in den Ost-Hochschulen wirklich eine Erneuerung von innen geben - wo doch nicht einmal die Schulen im Westen mit ihren Reformen allein fertig werden?

Brentano: Das Argument, die Unfähigkeit der Reform von innen, wird ja nicht nur für die Hochschulen, sondern auch für andere Bereiche vorgetragen. Selbst wenn man es akzeptiert - rechtfertigt es den derzeitigen Umgang mit Ost-Institutionen? Nehmen wir als Beispiel Ost-Rundfunk und Fernsehen. Da hat die Bundesregierung Herrn Mühlfenzl [Rudolf Mühlfenzl wurde Ende 1989 zum Rundfunkbeauftragten der neuen Länder ernannt] zum Oberkommissar ernannt. Ich frage, warum gerade ihn, der zwar sicherlich ein Profi, aber im Spektrum der demokratischen Parteien der alten Bundesrepublik ziemlich weit rechts angesiedelt ist; und warum ein Mann, der mit seinen Mitarbeitern wie ein Feldwebel umgeht, haarsträubend autokratisch. Ich denke da an den Fall Hildebrandt [Jörg Hildebrandt war stellvertretender Intendant im Funkhaus Berlin]: Ein ausgewiesener Demokrat wird, weil er vollauf berechtigte Kritik äußert, gefeuert - mit Berufung auf einen Ukas Mühlfenzls, den man nur als Maulkorberlass bezeichnen kann. Als ich im Südwestfunk anfang, unterstand der noch der französischen Besatzung. Völlig undenkbar, dass einer der Zensuroffiziere mit uns so umgegangen wäre.

Aber generell: Wenn man schon meint, die Institutionen von außen reformieren zu müssen, warum müssen dann die federführenden Personen aus dem Westen kommen, dürfen die Ostler allenfalls in den Kommissionen mitwirken. Warum nicht umgekehrt? Ein solches Verfahren macht die Menschen aus dem Osten zu Objekten, den Westen zum Subjekt der Reform. Es geht von der Prämisse aus, dass die Westler grundsätzlich politisch und fachlich qualifiziert, die Ostler politisch und fachlich unmündig sind. Es muss doch wohl möglich sein, für jede zu reformierende Institution und an den Hochschulen für jeden Fachbereich, wenn schon von außen, dann doch aus der ehemaligen DDR politisch integre und fachlich kompetente Personen zu finden, die den Reformkommissionen vorsitzen.

*Woche*post: Die Universitäten im Westen sind übervoll und kommen mit ihrer Reform zu keinem Ende. Das Interesse der Studenten am Marxismus ist erlahmt. Den Rest dürfte übrigens der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus gegeben haben ...

So wie die Welt ist, kann sie nicht bleiben ...

Brentano: Die Interessen der Studenten unterliegen Wellen und Moden. Der Höhepunkt des Marxismus-Interesses war bereits vor der Wende überschritten. Aber zweifellos ist der Zusammenbruch der sozialistischen Länder ein Schock für die gesamte Linke. Die Reaktionen sind unterschiedlich: Sie reichen von ernsthaften Versuchen, den Gründen für die Korruption des Sozialismus nachzugehen, über Sprachlosigkeit bis zum Abschwören der eigenen Vergangenheit. Nur: mit dem Scheitern des östlichen Staatssozialismus ist der Sozialismus nicht widerlegt. Er ist älter als jener, älter als der Marxismus, und er wirkte und wirkt in vielen Gestalten. Die soziale Marktwirtschaft, deren sich die Bundesrepublik rühmt, ist nicht Kapitalismus pur, sondern ein durch hundert Jahre sozialistische Arbeiterbewegung gezügelter und gebändigter Kapitalismus. Nach wie vor sehe ich im Sozialismus ein Korrektiv für den Kapitalismus, eine kritische Theorie und eine utopische Instanz. Die *New York Times*, die niemand sozialistischer Neigungen verdächtigen wird, schrieb vor einem Jahr, dass der Bankrott des Sozialismus kein Grund zum Jubeln, sondern zur Trauer sei.

Ich habe vorhin gesagt, dass ich den Vergleich Sozialismus - Faschismus für abwegig halte. Hingegen scheint mir der Sozialismus vergleichbar mit dem Katholizismus. Beide leben von Ideen, die vielleicht utopisch sind, aber immer wieder lebendig wirken. Beide werden korrumpiert, wenn sie Macht und Herrschaft ausüben.

Corruptio optimi pessima, die Korruption der Besten ist die schlimmste - so sagte Ernst Bloch, der von beidem und vom Geist der Utopie etwas verstand.

Wochenpost: Wenn es um das Fortwirken der sozialistischen Idee geht, was können Sie als Philosophin tun - und nicht nur durch Einmischen in die Politik?

Brentano: Im Foyer der Humboldt-Universität kann man die Feuerbach-These von Marx lesen: «Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber drauf an, sie zu verändern». Ein welthistorischer Versuch, die Welt zu ändern, ist gerade zu Ende gegangen. Vielleicht auch deshalb, weil einige Elemente der Interpretation von Welt und Mensch falsch waren. Kein Grund also, das Denken aufzugeben, sondern gerade ein Grund, nüchtern und genauer die Welt zu interpretieren, damit sie verändert werden kann. Denn so wie sie ist, kann sie nicht bleiben.

Entnommen aus:

Margherita von Brentano - Das Politische und das Persönliche. Eine Collage, herausgegeben von Iris Nachum und Susan Neiman, Göttingen 2010.